



Spenden

Rote Schleifen (Bild) waren in der vergangenen Woche an der Info-Theke im Eingangsbereich des Landtags ausgelegt. Besucher konnten eines dieser „Red Ribbons“ mitnehmen und damit ihre Solidarität mit den Aids-Hilfen hierzulande und überall in der Welt unterstreichen. Die diesjährige Solidaritätsaktion zum Welt-Aids-Tag am 1. Dezember stand unter der Schirmherrschaft des Bundespräsidenten. Für die Aktion im Landtag hatte Landtagspräsident Ulrich Schmidt eine Anregung der Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber aufgegriffen. Foto: Schälte



Dr. Hans Kraft (SPD), Landtagsabgeordneter, ist bei der Mitgliederversammlung des Squash Landesverbandes Nordrhein-Westfalen für weitere zwei Jahre zum Präsidenten gewählt worden. Damit geht Kraft in seine dritte Amtszeit an der Spitze dieses Verbandes.



Landtagsandacht

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, Dr. Peter Krug, sowie der Leiter des Katholischen Büros, Augustinus Henckel-Donnersmarck, laden zur nächsten Landtagsandacht im Landesparlament ein. Die Andacht findet am Donnerstag, 7. Dezember, um 9.15 Uhr im Raum E3 Z 04 des Landtagsgebäudes statt.

LANDTAG INTERN

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ulrich Schmidt.

Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 101143, 40002 Düsseldorf

Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur), Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Telefon: (02 11) 8 84 23 03, 8 84 23 04 und 8 84 25 45, btx: *56801#, FAX 8 84 30 22

Ständiger Berater des Herausgebers für „Landtag intern“: Friedhelm Heraedts, Pressesprecher des Landtags

Redaktionsbeirat Birgit Fischer MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin, Heinz Hardt MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Ute Koczy (GRÜNE), Mitglied des Fraktionsvorstands; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent; Joachim Ludewig (CDU), Pressesprecher, Hartwig Lohmeyer (GRÜNE), Referent Öffentlichkeitsarbeit i.V.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Herstellung: Tritsch Druck und Verlag, Düsseldorf ISSN 0934-9154

LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Porträt der Woche

„Möln, Hünxe und Solingen mahnen uns alle!“ Hisham Hammad erzeugt in seiner ersten Landtagsrede Zustimmung und Betroffenheit. Der erste Palästinenser im nordrhein-westfälischen Parlament tritt energisch ein für mehr Rechte für Ausländer, für Konzepte gegen Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit. Hisham Hammad mahnt aus eigener Erfahrung: Politische Verfolgung wegen seiner Volkszugehörigkeit bestimmen weite Teile seiner Biographie. Als Palästinenser wurde der 1951 am Rande von Ost-Jerusalem geborene Abgeordnete jahrzehntelang benachteiligt. Nach dem Sechs-Tage-Krieg 1967 floh er mit seiner Familie von der Westbank zunächst nach Jordanien. Der Bürgerkrieg gegen die palästinensische Minderheit machte die weitere Flucht nach Kuwait notwendig. Wegen seiner Volkszugehörigkeit hatte er dort kaum Chancen auf einen Studienplatz, und so begann er schließlich mit dem Studium der Zahnmedizin in Belgrad.

Hier wurde er zum ersten Mal politisch aktiv. Als stellvertretender Vorsitzender der palästinensischen Studentenorganisation trat er öffentlich für das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes ein und wurde daraufhin vom jordanischen Geheimdienst als „Mitglied einer terroristischen Vereinigung“ eingestuft.

Nach 12 Semestern wollte er seinen Beruf in seiner Heimat „für seine Leute“ ausüben. Doch gleich bei seiner Wiedereinreise nach Jordanien konfiszierten die Behörden seinen Paß. Die folgenden zwei Jahre waren durch Arbeitsverbot, ständige Schikane und psychologischen Druck geprägt. Der Geheimdienst habe ihn zur Kooperation zwingen wollen: „Man hat mich geschlagen, beschimpft und gedemütigt.“ 1980 beantragte Hammad Asyl in der Bundesrepublik. Der Antrag wurde abgelehnt, der drohenden Abschiebung kam er auf Bitten seiner Frau durch Heirat zuvor. Von Politik hatte Hammad erst einmal genug. Beruflich begann er in Deutschland als Schulzahnarzt in Lüdenscheid, später machte er sich als Kieferorthopäde in Castrop-Rauxel selbständig. 1986 nahm er die deutsche Staatsangehörigkeit an; als Jordanier habe er sich ohnehin nie gefühlt, er sehe sich „als Weltmensch“. Mit dem deutschen Paß sei in jedem Fall aber seine persönliche Freiheit größer geworden.

Den Weg zu den Grünen fand Hammad in den 80er Jahren über die Friedensbewegung. Er demonstrierte gegen die NATO-Nachrüstung und gegen die Diktaturen in Südamerika und Südafrika, trat 1988 in die Partei ein.

Sein Engagement gegen Ausländerfeindlichkeit begann mit dem Brandanschlag in Rostock. Daß die Zivilbevölkerung geklatscht habe, weil ein Asylbewerberheim brennt, das habe ihm Angst gemacht, aber auch zu eigenem Engagement motiviert. Bei den Grünen arbeitete er in der Kampagne „Farbe bekennen“, wurde in den Landespartei rat gewählt und zog schließlich nach der Wahl am 14. Mai in den Landtag ein, mit 15 Prozent erhielt er in seinem Dortmunder Wahlkreis das beste Ergebnis eines Grünen im Ruhrgebiet.

Mit viel Euphorie startete Hammad seine Parlamentsarbeit. Doch schon nach einem halben Jahr bilanziert er nüchtern, daß sein Hauptthema, die Ausländerpolitik, bei keiner Partei ein vorrangiges Thema ist, auch nicht bei den Grünen selbst. Bislang kämpft er vergeblich für ein Landesinstitut für Migrationsforschung und ein Migrationsreferat im Arbeitsministerium. Damit würde er gerne die „politischen Rahmenbedingungen für die Ächtung der Diskriminierung“ schaffen. Den Vorsitz im neugeschaffenen Migrationsausschuß gab er bald wieder



Dr. Hisham Hammad (GRÜNE)

ab, die damit zusammenhängenden Verwaltungsarbeiten lagen ihm nicht. Daß ausgerechnet er diesen Vorsitz übernehmen sollte, sei doch wohl auch mehr „Symbolik“ gewesen. Gleichwohl verkennt der Abgeordnete nicht den Effekt von Symbolik in der Politik und macht ihn sich auch zunutze: In der ersten Plenarsitzung des neugewählten Parlaments trug er demonstrativ ein Palästinensertuch, die öffentliche Aufmerksamkeit war ihm sicher. Hammad sieht aber auch die Gefahr, wegen seiner Herkunft als „Aushängeschild“ mißbraucht und instrumentalisiert zu werden, nicht zuletzt von seiner eigenen Partei. Als Zahnmediziner interessiert ihn die Gesundheitspolitik ebenso sehr wie die Ausländerpolitik. Doch weil er nunmal auf diesem „Ticket“ gewählt sei, will er im betreffenden Ausschuß wenigstens frei von Rücksichten reden können, als Vorsitzender hätte er bisweilen auch als Schlichter und integrierende Kraft zwischen den Fraktionen wirken müssen. Darüber hinaus ließ sich Hammad in den Innenausschuß wählen, der sich gleichfalls mit vielen ausländerrelevanten Fragen befaßt.

Diskriminierungen von Ausländern und Menschen ausländischer Herkunft abzubauen, darin sieht der Abgeordnete seine politische Mission. Er will sich einsetzen für ein umfassendes Wahlrecht für Ausländer, die in Deutschland seit Jahren ihren Lebensmittelpunkt haben. Er will einen besseren Zugang von Ausländern auf dem Arbeits-, Wohnungs- und Versicherungsmarkt erreichen. Leidenschaftlich plädiert er für ein Antidiskriminierungsgesetz; das allein verändere zwar nicht „das Denken und den Unfug in den Köpfen“, doch es sei ein Mittel, „den Betreibern von Diskriminierungen das Handwerk zu legen“.

Trotz allen Engagements möchte Hisham Hammad die Politik nicht auf Dauer zu seinem Lebensmittelpunkt machen und auf keinen Fall finanziell von ihr abhängig werden. Als Halbtagsjob übt er seinen Beruf als Kieferorthopäde nach wie vor aus, und er will es sich auch nicht nehmen lassen, seinen beiden Kindern weiterhin regelmäßig Märchen aus dem Orient vorzulesen. Gleichwohl mangelt es ihm nicht an politischem Selbstbewußtsein. Natürlich könne er sich auch vorstellen, Minister zu werden. „Migranten wollen Verantwortung übernehmen“, so sein Credo, „und sie sind auch fähig dazu.“

Richard Hofer

(Das namentlich gekennzeichnete „Porträt der Woche“ ist Text eines jeweiligen Gastautors und muß nicht immer mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen)